

den Dienststellen und Gliederungen der NSDAP, nur von den Personen verlangt werden, auf die sich die Eintragung bezieht und von ihren Ehegatten, Vorfahren und Abkömmlingen; von anderen Personen nur, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird. Die Ausstellung von staatsangehörigen Urkunden kann jeder unbefristet verlangen (i. Urkunden). Randvermerke zu den Eintragungen in den staatsangehörigen Büchern erfolgen bei Änderungen des Personenstandes oder des Namens.

Pflichtteil ist der Anspruch auf die Hälfte des Wertes des gesetzlichen Erbteils. Der Anspruch steht nur den Abkömmlingen, den Eltern und den Ehegatten des Erblassers zu, wenn sie durch Verfügung von Todes wegen von der Erbfolge ausgeschlossen sind. Der Pflichtteil kann aus wichtigen Gründen den Berechtigten entzogen werden. Einem staatsangehörigen, staatsangehörigen Abkömmling kann er ferner entzogen werden, wenn dieser entgegen dem Blutschutzgesetz einen Juden oder einen jüdischen Mischling geheiratet hat.

Rechtsfähigkeit ist die Fähigkeit, Rechte und Pflichten zu haben. Sie beginnt mit der Vollendung der Geburt. Das Kind muß lebend geboren sein, d. h. es muß die natürliche Lungenatmung eingetreten sein (i. auch Totgeburt). Die Feststellung, ob die Rechtsfähigkeit bei einem kurz nach der Geburt verstorbenen Kinde eingetreten ist, kann u. U. für das Erbrecht von großer Bedeutung sein.

Religionszugehörigkeit Bei Eintragung in amtliche Urkunden, Listen usw. über die Religionszugehörigkeit sind zu unterscheiden:

- a) Angehörige einer Religionsgemeinschaft oder einer Weltanschauungsgemeinschaft
- b) Gottgläubige
- c) Glaubenslose

(Runderlaß des Reichsministers d. Innern vom 14. September 1936.)

Als Gottgläubige haben sich diejenigen zu bezeichnen, die, obgleich sie an einen Gott glauben, rechtlich keiner Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft angehören.

Scheidung der Ehe Scheidungsgründe wegen Verstoßens sind: Ehebruch, Verweigerung der Fortpflanzung und an-

dere Eheverfehlungen oder eheloses oder unethisches Verhalten, wodurch die Ehe schuldhaft so tief zerrüttet ist, daß die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht erwartet werden kann. Ferner kann die Ehe geschieden werden wegen eines auf geistiger Störung beruhenden ehezerrüttenden Verhaltens, wegen Geisteskrankheit, wegen anfechtender oder ekelregender Krankheit, wegen Unfruchtbarkeit und wenn die häusliche Gemeinschaft seit drei Jahren aufgehoben ist, ohne daß wegen der tiefgreifenden unheilbaren Zerrüttung die Wiederherstellung einer wahren Ehe zu erwarten ist. Die Scheidungsklage ist nach vorangegangener Güternote bei dem Landgericht zu erheben. Das Verfahren ist nicht öffentlich.

Schuldschuldgesetz l. Ehe.

Schuldschuld Sie beginnt mit dem vollendeten 6. und dauert bis zum 14. Lebensjahre. Besondere Verpflichtungen bestehen für den Betrug der Fortbildungsschule.

Schwägererschaft Ein Ehegatte ist mit den Blutsverwandten des anderen Ehegatten verwandt. Die Linie und der Grad der Schwägererschaft bestimmt sich nach der Linie und dem Grade der Vermittelnden Verwandtschaft (i. Verwandtschaft). Die Schwägererschaft dauert auch nach Auflösung der sie begründenden Ehe fort. Die Schwägererschaft in der geraden Linie (z. B. zwischen Stiefmutter und Stiefsohn) bildet ein Ehehindernis, auch wenn die Blutsverwandtschaft auf unehelicher Geburt beruht. Von diesem Ehehindernis kann der Landgerichtspräsident Befreiung erteilen.

Staatsangehörigkeit Das eheliche Kind einer Mutter deutscher Staatsangehörigkeit erwirbt mit der Geburt die deutsche St.; desgl. das uneheliche Kind einer deutschen Mutter.

Eine Ausländerin, die einen deutschen Staatsangehörigen heiratet, erlangt die deutsche Staatsangehörigkeit; eine deutsche Staatsangehörige, die einen Ausländer heiratet, verliert sie.

Ein ausländisches uneheliches Kind, das von seinem Vater, der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, legitimiert wird, erlangt die deutsche Staatsangehörigkeit; ein uneheliches Kind deutscher Staatsangehörigkeit, das von einem Ausländer

der im Einklang mit den deutschen Gesetzen legitimiert wird, verliert die deutsche Staatsangehörigkeit. Die Annahme am Kindes Statt bewirkt nach deutschem Recht keine Änderung der Staatsangehörigkeit.

Eine Ehe, die nur den Zweck verfolgt, der Frau den Erwerb der Staatsangehörigkeit des Mannes zu ermöglichen, ist nichtig.

Stetsbuch l. Tod.

Stetsbuch Stetsbücher sind mit den Stetsbüchern verknüpft im Sinne des Gesetzes. Deshalb kann der Stetsbucher seine Stetsbücher grundsätzlich nicht heften. Eine Befreiung von diesem Ehehindernis ist möglich.

Testament kann vom Erblasser nur persönlich errichtet werden. Zur Errichtung fähig ist, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat; doch kann ein Minderjähriger kein eigenhändiges Testament errichten. Das Testament kann entweder als öffentliches Testament vor einem Richter oder Notar errichtet werden oder als eigenhändiges Testament durch eine von dem Erblasser eigenhändig gescriebene und unterschriebene Erklärung; es ist erwünscht, daß in diesem eigenhändigen Testament Ort und Datum der Errichtung angegeben sind. Ist zu besorgen, daß der Erblasser früher sterben wird, als die Errichtung vor einem Richter oder Notar möglich ist, so kann ein Nottestament (vor dem Bürgermeister und 2 Zeugen oder vor 3 Zeugen) errichtet werden; ein Nottestament wird unwirksam, wenn der Erblasser nach 3 Monaten noch lebt. Öffentliche und Nottestamente müssen, eigenhändige Testamente können in amtliche Verwahrung bei dem Amtsgericht gebracht werden. Ehegatten können ein gemeinschaftliches Testament als öffentliches, eigenhändiges oder Nottestament errichten. Das eigenhändige Testament muß von einem Ehegatten in der vorgedruckten Form geschrieben und von beiden unterzeichnet werden.

Ein Testament, durch das der Erblasser seinen Ehegatten bedacht hat, und ein gemeinschaftliches Testament der Ehegatten ist regelmäßig unwirksam, wenn die Ehe für nichtig erklärt, aufgehoben oder gelöst ist. Verfügungen von Todes wegen sind nichtig, wenn sie gegen zwingende gesetzliche Vorschriften verstoßen, insbesondere wenn sie nach

dem gefundenen Volksempfinden gräßlich gegen die vom Erblasser zu beobachtende Rücksicht auf Familie und Volk verstoßen, oder wenn und soweit der Erblasser von einem anderen unter Ausnutzung seiner Todesnot zu der Errichtung bestimmt worden ist.

Tod Zur Anzeige des Todesfalles beim Standesamt zwecks Eintragung in das Sterbeprotokoll sind in nachstehender Reihenfolge Spätestens am folgenden Werktag verpflichtet: 1. das Familienhaupt, 2. derjenige, in dessen Wohnung sich der Sterbefall ereignet hat, 3. jede Person, die zugegen war, oder von dem Sterbefall aus eigener Wissenschaft unterrichtet ist. Der Anzeigende muß dem Standesbeamten die Geburtsurkunde und g. f. die Heiratsurkunde des Verstorbenen vorlegen. Da die Nr. der Geburtsurkunde ein weitestlicher Bestandteil des Sterbeprotokolls ist, genügt das Geburtsdatum in der Heiratsurkunde allein nicht. Bei öffentlichen Anzeigen oder bei amtlicher Erklärung des Todesfalles genügt die schriftliche Anzeige der Anstalt oder der Behörde.

Der Standesbeamte muß die Angaben nachprüfen und sich einen ärztlichen Totenschein vorlegen lassen, aus dem die Todesursache ersichtlich ist.

Die Beerdigung darf erst nach Friedhofseinsatz regelmäßig erst dann vornehmen, wenn ihm ein vom Standesbeamten oder der Polizeibehörde ausgestellter Beerdigungsschein vorgelegt ist.

Todeserklärung eines Verstorbenen erfolgt durch Beschluß des Amtsgerichts. Sie ist regelmäßig zulässig, wenn seit 10 Jahren keine Nachricht vom Leben des Verstorbenen eingegangen ist und der Verstorbene das 25. Lebensjahr vollendet haben würde. Für 30jährige gilt eine Frist von 5 Jahren. Ist jemand im Kriege, auf See, zur Luft oder anlässlich einer anderen Lebensgefahr verstorben, dann sind die Fristen kürzer. Die Ehe des für tot Erklärten wird erst dadurch aufgelöst, daß der andere Ehegatte eine neue Ehe eingeht.

Die Todeserklärung wird in ein besonderes Register beim Standesamt in Berlin und am Rande des Heiratsprotokolls eingetragen.

Totgeburt wird angenommen, wenn das Kind, bei dem die natürliche Lungenatmung noch nicht begonnen hatte, mindestens 35 cm lang ist. Hat es diese Länge nicht, so wird eine Fehlgeburt angenommen.